

Ressort: Politik

Bund will gegen Sozialmissbrauch von Zuwanderern vorgehen

Berlin, 11.08.2014, 17:55 Uhr

GDN - Zuwanderer, die sich durch falsche Angaben oder Dokumente Zugang zu staatlichen Leistungen verschaffen, sollen laut eines Berichts der F.A.Z. härter bestraft werden. Zugleich sollen vor allem Städte mit vielen Zuzüglern aus ärmeren Ländern wie Rumänien und Bulgarien durch Hilfen des Bundes entlastet werden, schreibt die Zeitung.

Ein entsprechendes Gesetespaket will das Bundeskabinett am 27. August zusammen mit dem Abschlussbericht der Staatssekretäre beraten und beschließen, wie die F.A.Z. unter Berufung auf Regierungskreise berichtet. Die von der Staatssekretärsrunde erarbeiteten gesetzgeberischen Schritte "stehen in einem engen sachlichen Zusammenhang und entfalten ihre Wirkung durch abgestimmte und zeitgleiche Umsetzung", heißt es in dem Abschlussbericht, dessen Entwurf dieser Zeitung vorliegt. "Daher sollen sie im Paket (...) umgesetzt werden."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-39202/bund-will-gegen-sozialmissbrauch-von-zuwanderern-vorgehen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619